

Kritik an neuen Steuerplänen

Anlegerschützer üben heftige Kritik an drei Steuervorhaben von Finanzminister Olaf Scholz. „Herr Scholz hat einen ganzen Strauß von Maßnahmen vorgelegt, mit dem Privatanlegern so viele Knüppel zwischen die Beine geworfen werden, wie wir es lange nicht mehr gesehen haben“, sagt Marc Tüngler, Hauptgeschäftsführer der Deutsche Schutzvereinigung für Wertpapierbesitz (DSW). So wurde die für 2021 geplante Finanztransaktionssteuer erstens zu einer reinen Steuer auf Aktien eingedampft, der Handel mit Derivaten soll hingegen nicht besteuert werden.

Zweitens: Obwohl der Solidaritätszuschlag fast komplett abgeschafft werden dürfte, soll er laut dem aktuellen Gesetzesentwurf bei Kapitalerträgen beibehalten werden.

Drittens plant das Finanzministerium, dass Verluste bei Totalausfällen von Anleihen und Aktien ab 2020 nicht mehr steuermildernd auf die Gewinne anderer Wertpapiere im Depot angerechnet werden dürfen. Die Schutzgemeinschaft der Kapitalanleger (SdK) hält das Vorgehen bei der Verlustanrechnung für verfassungswidrig, die DSW prüft eine Klage und hat eine Petition gegen die Steuerpläne gestartet, die nach wenigen Tagen rund 10 000 Unterschriften verzeichnete ([www.dsw-info.de/steuerirrsinn*](http://www.dsw-info.de/steuerirrsinn)).

€uro meint: *Es ist in Ordnung, wilde Spekulationen an der Börse zu besteuern. Genau das tut Olaf Scholz aber nicht, wenn seine Finanztransaktionssteuer Investmentbanken und Hedgefonds bei Zockereien mit Derivaten verschont, Kleinanlegern beim Aktienkauf dagegen zusätzliches Geld abknöpft. Das Finanzministerium sollte die Altersvorsorge mit Aktien fördern, statt sie zu erschweren. Denn schon jetzt gibt es unter den Kleinsparern viel zu wenige Aktionäre. Werden die Steuerpläne Realität, dürfte ihre Zahl noch geringer werden.*

Quelle: Zeitschrift €URO 10|19 Seite 9

*Petitionstext

Stoppt den Steuerirrsinn!

Wir fordern die Bundesregierung, insbesondere Bundesfinanzminister Olaf Scholz auf, die finanzpolitischen Pläne zur Finanztransaktionssteuer, zur gezielten Beibehaltung des Solidaritätszuschlages auf Kapitalerträge und zur Versagung der steuerlichen Anrechnung von Totalverlusten dringend zu überdenken und zu stoppen, da diese Maßnahmen sämtlich die gewünschten Effekte nicht erreichen können und damit vielmehr auch rechtlich höchst umstrittene Belastungen und Signale gesetzt werden, die eine Eigeninitiative zur privaten Altersvorsorge bereits im Keim ersticken.

Anstatt den eigenverantwortlichen Vermögensaufbau und die eigenmotivierte Altersvorsorge zu torpedieren und zu erschweren, sollten die Bundesregierung und Olaf Scholz vielmehr die Bundesbürger durch entlastende Maßnahmen dabei unterstützen, sich für die merkliche Verbesserung ihrer finanziellen Situation zu engagieren.